



► Eine der ersten Amtshandlungen von Rot-Rot-Grün nach der Vergabe der Bürgermeisterposten war der Stopp der Sanierung der Königsbrücker Straße. Der im Frühjahr von CDU, FDP und Bürgern gefasste Beschluss zur Sanierung mit befahrbaren Gleisen wurde aufgehoben. Linke, SPD und Grüne haben damals eine schnellstmögliche und stadtteilverträgliche Sanierung versprochen. Fast zwei Jahre nach der Kommunalwahl wissen wir: außer Spesen nichts gewesen. Die Straße wird ungefähr genauso breit, muss in ähnlich viele Grundstücke eingreifen und wird auch ähnlich teuer. Einziger Unterschied: im kritischen Mittelteil wird die Straße nur noch einspurig. Lieferverkehr, Straßenbahn und PKWs teilen sich demnächst eine Spur. Die Königsbrücker wird zum Flaschenhals auf der Nord-Süd-Verbindung.
Lesen Sie mehr dazu auf Seite 3.

Dresdner Erfolgsgeschichte

Seit dem Verkauf der kommunalen WOBA im Jahr 2006 gilt die Landeshauptstadt Dresden als schuldenfrei. Zehn Jahre nach dem Verkauf lohnt sich eine Auswertung.

Der 2006 mit Stimmen von CDU, FDP und den Realo-Linken um Christine Ostrowski und Ronald Weckesser vollzogene Verkauf der städtischen WOBA hat Dresden auf einen Schlag entschuldet und zu enormen finanziellen Entlastungen im städtischen Haushalt geführt. Um 530 bis 720 Millionen Euro wurde der städtische Haushalt von 2006 bis 2016 entlastet, das ergab nun eine schriftliche Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der FDP/FB-Fraktion im Dresdner Stadtrat Holger Zastrow. Dieses eingesparte Geld hat die Landeshauptstadt Dresden vor allem in Schulen und Kitas investiert. „Das enorme Investitionsprogramm in Schulen, Kitas und auch das Kraftwerk Mitte und die Sanierung des Kulturpalastes wäre ohne den WOBA-Verkauf nicht möglich gewesen“, stellt der Fraktionsvorsitzende Holger Zastrow klar. Für Zastrow steht fest: „Ohne

diese Millionen wäre der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz nicht zu erfüllen gewesen.“

Angesichts der deutlichen Unterschiede im Schul- und Kitabereich



Ehemalige kommunale WOBA

zwischen 2006 und heute und auch der damaligen Situation der Spielstätten von Operette, Philharmonie oder Theater Junger Generation stellt Zastrow die rhetorische Frage: „Was wäre eigentlich mit Dresden ohne die WOBA-Millionen passiert, hätte die Bürgerschaft den Zustand der Schulen akzeptiert, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ignoriert oder sogar mit der Schließung der Operette aufgrund einer fehlenden Spielstätte leben können, oder hätte Dresden noch mehr Schulden aufnehmen müssen, um nur halb so gut dazustehen wie heute?“

Aus Sicht der Freien Demokraten im Stadtrat, die sowohl dem Verkauf der WOBA 2006 zugestimmt als auch das Neuverschuldungsverbot in der städtischen Hauptsatzung verankert haben, ist der WOBA-Verkauf und die Entschuldung der Stadt eine bürgerliche

Erfolgsgeschichte ohne Beispiel in Deutschland. „Die enorme Attraktivität Dresdens vor allem bei jungen Familien und der daraus resultierende Zuzug ist für uns ein direktes Resultat aus der positiven Gesamtentwicklung unserer Stadt, die ohne die großen Investitionsprogramme der Stadt so vermutlich nicht möglich gewesen wäre. Auch dass Dresden die Wirtschaftskrise 2009 im Nachgang zur Bankkrise besser überstanden hat als andere Kommunen wäre ohne die Woba-Millionen nicht möglich gewesen“, zieht Holger Zastrow zehn Jahre nach dem WOBA-Verkauf als Fazit. Damit ist die Schuldenfreiheit kein reiner Selbstzweck, wie es immer von den Linken behauptet wird, sondern hat aus Sicht der FDP/FB-Fraktion ganz greifbare und messbare Vorteile.

Diese Vorteile lassen sich auch in den kommenden Jahren veran-

schaulichen. Dresden wird auch zukünftig enorme Summen in seine Schulen und Kitas investieren, Summen von denen andere Kommunen nur träumen können. So plant beispielsweise Leipzig Gesamtinvestitionen im Volumen von rund 138 Millionen Euro im Jahr 2016. Im Vergleich dazu plant Dresden allein im Schulbereich mit Investitionen von rund 129,5 Millionen Euro. Kurz gesagt: Dresden investiert ungefähr so viel in seine Schulen wie Leipzig in seine Schulen, Kitas, Straßen, Kultur usw. insgesamt. (Quellen: Haushaltspläne 2015/2016 Vorstellung Herbst 2014)

Trotz dieser eindeutigen Zahlen und Belege für die positiven Konsequenzen einer Schuldenfreiheit und der Nachhaltigkeit einer soliden Finanzpolitik verschärfte die Linke ihren Ton gegen das städtische Neuverschuldungsverbot.

INHALT / SEITE 2

➔ **Fakten gegen eine neue WOBA**

INHALT / SEITE 3

➔ **Rückbau der Königsbrücker Str.**

INHALT / SEITE 4

➔ **Bewerbung zur Kulturhauptstadt**

Immer mehr Sozialwohnungen sind frei – Fakten gegen eine neue WOBA

Erst im Mai hat die neue rot-rot-grüne Stadtratsmehrheit erneut die Gründung einer WOBA gefordert und die STESAD als städtisches Tochterunternehmen mit der Planungen von ersten Bauprojekten beauftragt. Die Gründung der eigentlichen WOBA soll später erfolgen.

Trotz vermeintlicher Wohnungsnot in Dresden und der steigenden Nachfrage nach Wohnungen zur Unterbringungen von Asylsuchenden musste die Stadtverwaltung nun zugeben, dass die Anzahl der freien Sozialwohnungen (Belegungsrechte) sogar steigt. Laut Antwort auf eine Anfrage des Stadtrates Franz-Josef Fischer stehen aktuell 477 belegungsrechtsgebundene Wohnungen für die Wohnvermittlung zur Verfügung. Das sind rund 80 Wohnungen mehr als noch im Oktober 2015 und dies obwohl die Stadt aktuell mehr als 800 Wohnungen für die Unterbringung von Asylsuchenden in der ganzen Stadt angemietet hat.

Auch der Wohnungsbau zieht in Dresden immer weiter an. Sind 2015 „nur“ über 1.500 neue Wohnungen fertiggestellt worden, wurden parallel weitere Baugenehmigungen für fast 2.600 Neubauwohnungen ausgegeben. Insgesamt befinden sich in der Stadt über 5.000 neue Wohnungen im Bau. Zur Stadtratssitzung im Mai musste der neue grüne Baubürgermeister sogar zugeben, dass das Stadtplanungsamt bis 2020 von 8.000 bis 10.000 neuen Wohnungen in Dresden ausgeht. Dies entspricht einem Neubau von rund 2.500 Wohnungen pro Jahr. „Aus unserer Sicht setzt sich der Boom im Wohnungsbau immer stärker

fort. Wir gehen davon aus, dass bis 2020 sogar noch deutlich mehr Wohnungen in Dresden entstehen bzw. nicht genutzter Wohnraum wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt wird“, fasst FDP-Stadtrat Dr. Thoralf Gebel die aktuelle Situation aus Sicht der FDP/FB-Fraktion zusammen.

Partner statt neuer WOBA

Für die Freien Demokraten im Dresdner Stadtrat sprechen immer mehr Fakten gegen die rot-rot-grünen Pläne einer neuen WOBA. Erst vor kurzem hat ein Gutachten einer renommierten Kanzlei auf ein Finanzloch von rund 19 Millionen Euro für die ersten 800 von Linken, SPD und Grünen geplanten

Wohnungen hingewiesen. Einer gewissen Komik entbehrte es allerdings nicht, dass es in der Mairatsitzung des Stadtrates dann ausgerechnet Grünen-Stadtrat Johannes Lichdi war, der die mangelnde Finanzierung der WOBA-Pläne am schärfsten kritisierte. „Offensichtlich wissen die rot-rot-grünen Parteien, auf welches finanzpolitische Abenteuer sie die Stadt hier schicken. Es ist unverantwortlich, diese Entscheidungen dann trotzdem aus reinem politischen Kalkül und ganz offensichtlich zum Schaden der Dresdnerinnen und Dresdner zu treffen.“

Neben der Politik haben sich nun aber auch die in Dresden vorhandenen Genossenschaften in die

Diskussion eingemischt und die Pläne für eine neue WOBA stark kritisiert. Die Dresdner Genossenschaften sind neben der VONOVIA aktuell der größte Vermieter Dresdens. Diese würden gern mehr Wohnungen bauen, sofern die Stadt ihnen die notwendigen Grundstücke zur Verfügung stellen könnte. Aus FDP-Sicht der deutlich bessere Weg zu mehr preiswertem Wohnraum: „Die Stadt kann nicht billiger bauen als ein privater Investor. Das sagt jeder, der sich mit dem Wohnungsbau und den gesetzlichen Anforderungen an Neubauwohnungen auskennt. Die Stadt sollte lieber mit Partnern zusammenarbeiten, anstatt sich auf finanzielle Abenteuer einzulassen“, stellt Dr. Gebel klar.

Über 5000 Wohnungen im Bau – viele im Stadtzentrum



Altes Telegrafenamnt am Postplatz



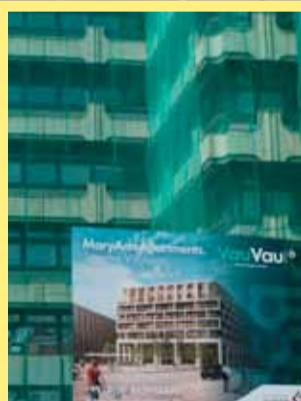
Residenz am Zwinger



Wohnhaus Wallstraße



Fernmeldeamt



Herzogin Garten



Wiener Platz

KURZNACHRICHTEN

Busmannkapelle erhält Zuschuss

Nach monatelanger Verzögerung durch die Linken im Dresdner Stadtrat wurde der Zuschuss der Landeshauptstadt Dresden zur baulichen Fertigstellung der Gedenkstätte Sophienkirche und Busmannkapelle durch den Stadtrat beschlossen. Damit erhält die Gedenkstätte automatisch auch einen Förderanteil durch den Freistaat, sodass die Bauarbeiten nun im Juli weitergehen können. Geplant ist die Fertigstellung der Busmannkapelle bis Ende des Jahres, anschließend wird sie der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Einen stadtweiten offenen Sonntag

In Dresden wird es 2016 lediglich einen verkaufsoffenen Sonntag geben. Das hat der Stadtrat in seiner März Sitzung beschlossen. Am 2. Advent dürfen die Läden in der gesamten Stadt öffnen. Während dagegen in Leipzig und Chemnitz seit Jahren unter den SPD-geführten Oberbürgermeistern und linken Stadtratsmehrheiten und in vielen kleineren Städten in Dresdens Nachbarschaft wie Pirna oder Coswig an vier Sonntagen im Jahr geöffnet wird, bleibt diese Chance in Dresden ungenutzt.

FDP/FB-Fraktion gegen Passivhausstandard

In ihrer Kooperationsvereinbarung legen sich Linke, SPD und Grüne auf die Anwendung des Passivhausstandards für Neubauten fest. Da die Landeshauptstadt gerade in den kommenden Jahren Schulen und Kitas neu bauen muss, bewertet die FDP/FB-Fraktion die zu erwartenden Mehrkosten als inakzeptabel. „Ein Gymnasium Prohlis und die Sanierung der Zeigner-Schule sind wichtiger als ein ideologischer Passivhausstandard, der uns viele Millionen Euro kosten wird“, stellt FDP-Stadtrat Jens Genschmar klar.

Verzögerung bei der Albertbrücke – Brücke bleibt für Autos gesperrt

Die Albertbrücken-Sanierung wird neun Monate länger als geplant dauern. Aus der 20-monatigen Sanierungszeit sind nun 29 Monate geworden, gleichzeitig bleibt die Brücke für den Verkehr bis zum Ende der Bauzeit geschlossen, obwohl es seinerzeit vom Stadtrat anders beschlossen wurde. „Offensichtlich kam es im Vorfeld zu Fehleinschätzungen und Fehlplanungen. Besonders abenteuerlich klingt nun aber die Begründung für die Vollsperrung. Weil sich der Autoverkehr angepasst habe, könne die Brücke auch

weiter gesperrt bleiben. Dabei ist es eine Binsenweisheit, dass sich der Verkehr immer anpasst. Tatsächlich haben sich die täglichen Wege für viele Dresdner erheblich verlängert, die aktuelle Sanierungsvariante sollte rund 12,4 Millionen Kilometer Umleitungsverkehr produzieren. Mit dem eigenmächtig geänderten Bauablauf dürfte sich diese Zahl locker verdoppelt haben, was eine zusätzliche Belastung für alle Bürger und die Umwelt bedeutet“, moniert Holger Zastrow die Verzögerung.

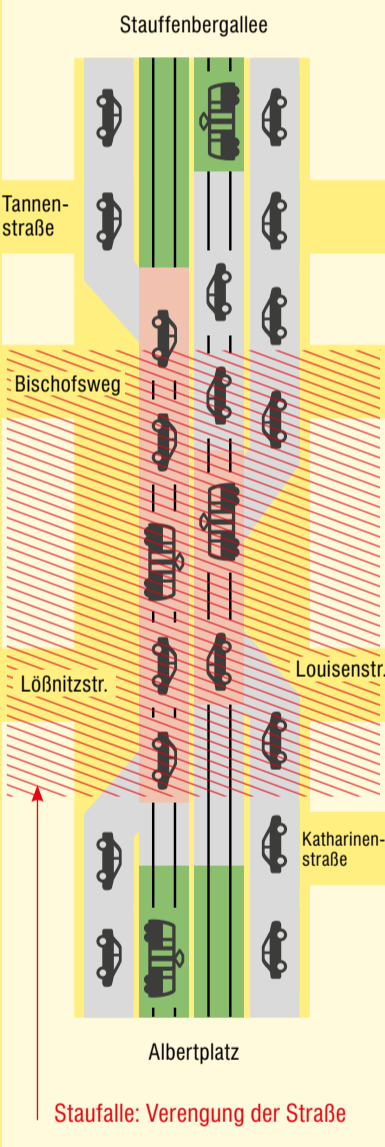
Königsbrücker Straße – Rückbau geht weiter

Seit vielen Jahren kocht der Streit um die Sanierung der Königsbrücker Straße. Jetzt ist die Diskussion um ein Kapitel reicher.

Frühestens 2019 kann die Sanierung der Königsbrücker Straße beginnen. Das ist das Ergebnis der rot-rot-grünen Umplanungen für die Königsbrücker Straße. Und zwar nur, wenn die bereits jetzt angekündigte Klage gegen die neue linksgrüne Ausbauvariante keinen Erfolg hat. Angesichts dieser Aussichten stellte der Fraktionsvorsitzende der FDP/FB-Fraktion Holger Zastrow im Stadtrat die ketzerische Frage: „Ob dies die letzte Entscheidung zur Königsbrücker Straße im Stadtrat gewesen sei?“ Für die Freien Demokraten im Stadtrat ist und bleibt die 2014 beschlossene Variante 7 mit den befahrbaren Gleisen die Vorzugsvariante und die für die Stadt und die Anwohner beste Sanierungsvariante.

„Für uns ist immer noch die Variante mit den durchgängig befahrbaren Gleisen der beste Kompromiss für alle Verkehrsteilnehmer. Sie ist nicht ideal, aber sie schafft es, die Interessen aller Verkehrsteilnehmer im gleichen Maße zu berücksichtigen und auszugleichen. Das ist moderne Verkehrspolitik, die eben nicht das Interesse eines Einzigen vornean stellt. Wir sollten uns möglichst viel Flexibilität erhalten, wir wissen heute nicht, wie wir beispielsweise einmal auf den zunehmenden Rad- und eBikeverkehr reagieren können. Mit der nun beschlossenen Variante 8.7 nehmen wir uns jede Handlungsfreiheit. Wenn Verkehrsideologen oder Flatterulmenumarmer diskutieren, dann bekommen wir eine sachliche Lösung leider nicht mehr hin. Die jetzt beschlossene Ausbauvariante wird vor allem dazu führen, dass der Schleichverkehr durch die

Auto neben Straßenbahn demnächst unmöglich



kleinen Nebenstraßen deutlich zunimmt. Das ist nicht das was wir wollen“, fasst Zastrow die Stadtratsdiskussion zusammen.

Zastrow kritisiert dabei vor allem, dass auf großen Teilen der Straße ein eigenes abgesetztes Gleisbett für die Dresdner Verkehrsbetriebe vorgesehen ist. Das führt dazu, dass die Straße ungefähr genauso breit wird wie bei der Variante mit befahrbaren Gleisen, nur dass in der neuen rot-rot-grünen Variante die Königsbrücker Straße zur Staufalle wird. Leidtragende dieser Verkehrsplanungen werden die Anwohner des Hechtviertels sein, denn dort wird der Schleichverkehr deutlich zunehmen, teilweise um bis zu 1.000 Autos pro Tag. Das geben die Verkehrsprognosen der Stadtverwaltung selbst an.

Kritisch könnte auch der Wunschkatalog werden, den Linke, SPD und Grüne zusätzlich zu den Sanierungsplänen beschlossen haben. So sollen bereits jetzt Planungen zur Platzgestaltung und Begrünung erfolgen, die das Projekt am Ende nur weiter verzögern und verteuern werden. Grund war der Streit innerhalb der sogenannten Gestaltungsmehrheit, bei dem Teile der Linken sogar eine noch schmalere Sanierung gefordert haben. „Diskussionen über Bäume und Plätze sind jetzt das Feigenblatt, hinter dem sich einige Stadträte aus der Neustadt verstecken können, nur weil man Angst hat, dem Wähler in der Neustadt die Wahrheit über die verkehrstechnische Bedeutung der Königsbrücker Straße für die gesamte Stadt zu sagen.“, kritisiert Zastrow das linksgrüne Wunschkonzert im Nebenbeschluss.

Antragsstau abbauen

Bearbeitungszeiten im Denkmalschutzamt unhaltbar

Wenn ein privater Investor Geld für den Erhalt eines Denkmals ausgibt, kann er dies bei der Steuer absetzen. Dafür benötigt er eine Bescheinigung der Kommune. In Dresden warten Investoren aktuell 3,5 Jahre auf eine solche Bescheinigung.

arbeitung der Anträge. Ziel der Stadtverwaltung ist es, den aktuellen Antragsstau in fünf Jahren abzubauen und die Bearbeitungszeit von neuen Anträgen auf zweieinhalb Jahre zu senken.

Aus Sicht der FDP/FB-Fraktion ein unhaltbarer Zustand. „Der Gesetzgeber möchte explizit Anreize für den Erhalt von Baudenkmalern setzen. Diese finanziellen Anreize machen aber nur Sinn, wenn sie auch zeitnah realisiert werden können“, stellt der Fraktionsvorsitzende der FDP/FB-Fraktion Holger Zastrow klar. Die Freien Demokraten wollen die Bearbeitungszeiten auf ein vertretbares Maß reduzieren. Dazu hat die Fraktion einen Antrag im Stadtrat eingebracht, der den Abbau des Antragsstaus innerhalb von einem Jahr und eine regelmäßige Bearbeitungszeit von drei Monaten fordert. Nur damit können potenzielle Investoren für die vielen Dresdner Baudenkmalern zu Investitionen motiviert werden. Eine Verbesserung des Verwaltungshandelns an dieser Stelle wäre positiv für die gesamte Stadt.

Seit der Kreisgebietsreform 2008 ist die Landeshauptstadt Dresden als Untere Denkmalschutzbehörde selbst für die Erstellungen der steuerrechtlichen Bescheinigungen über Investitionen in Baudenkmalern verantwortlich. Nachdem die Stadt 2008 einen enormen Antragsstau von der damals zuständigen Landesdirektion übernommen hat, konnte dieser damalige Antragsstau zwischenzeitlich abgearbeitet werden. Leider hat sich die Situation nicht verbessert, im Gegenteil: der Bearbeitungsrückstau hat sich sogar noch auf über 1.800 offene Anträge auf Bescheinigungen erhöht. Investoren müssen in Dresden aktuell dreieinhalb Jahre auf eine Bescheinigung warten. Seit Juli 2015 unterstützt die STESAD die Stadt bei der Be-



KURZNACHRICHTEN

Krankenhäuser fusionieren endlich! Ärztlicher Leiter und Investitionsmittel kommen

Seit vielen Jahren fordern die Freien Demokraten im Dresdner Stadtrat die vollständige Fusion der beiden städtischen Eigenbetriebe zu einem städtischen Klinikum. Bereits 2012 hat die damalige FDP-Fraktion die Einführung einer gemeinsamen ärztlichen Leitung für beide Krankenhäuser gefordert. Damals wurde der Vorstoß noch aus politischen Gründen abgelehnt. Im Juni 2016 hat der Stadtrat nun genau diese Weichen gestellt. „Das war dringend notwendig, auch wenn es vier Jahre verspätet geschieht“, zieht FDP-Stadtrat Dr. Thoralf

Gebel als Mitglied des Verwaltungsausschuss ein Fazit. Bereits im Mai hat der Stadtrat über diese Strukturentscheidung hinaus entschieden, dass beide Krankenhäuser ein Darlehn für notwendige Investitionen bekommen. „Die Krankenhäuser haben noch einen langen Weg vor sich, wenn sie dauerhaft aus den roten Zahlen raus wollen. Wir als Freie Demokraten respektieren den Bürgerentscheid von 2012 und unterstützen den aktuell eingeschlagenen Weg“, stellt Gebel für die Liberalen klar.

Das dritte Kind bleibt beitragsfrei

Mit den Stimmen der FDP/FB-Fraktion hat der Stadtrat die Beibehaltung der Beitragsfreiheit für das dritte Kind in den städtischen Kindertageseinrichtungen beschlossen und damit dem Vorstoß der Linken-Sozialbürgermeisterin, neue Beiträge einzuführen, einen Riegel vorgeschoben. „Wir waren schon sehr verwundert, dass ausgerechnet die neue Bürgermeisterin der Linken neue Kitagebühren einführen wollte. Wir sind zufrieden, dass der Stadtrat diesem Ansinnen nicht gefolgt ist“, erklärt FDP-Stadtrat Jens Genschmar.

Zeigner-Schule kann hoffen! Die kurzfristige Schließung scheint abwendbar

Seit dem 22.12.2016 droht dem BSZ Prof. Dr. Zeigner in der Dresdner Neustadt die Schließung, denn die Landesdirektion hat Verbesserungen beim Brandschutz, bei den elektrischen Anlagen sowie eine Brandwache gefordert, sonst würde sie den Betrieb als Schule aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen untersagen. Auf eine Frage des schulpolitischen Sprechers der FDP/FB-Fraktion im Dresdner Stadtrat im Juni konnte der Schulbürgermeister nun eine mögliche Lösung für die bekannten Probleme aufzeigen. Noch im Sommer

werden die elektrischen Anlagen ertüchtigt und voraussichtlich in den Herbstferien werden zusätzliche Brandschutztüren eingebaut. Nach Aussagen des Schulbürgermeisters dürften die Auflagen damit erfüllt sein und die Schule auch im neuen Schuljahr wieder öffnen. „Der Erhalt und die kurzfristige Sanierung der Schule ist für die FDP/FB-Fraktion eine Herzensangelegenheit“, freut sich Fischer über den Erhalt der ältesten Berufsschule Dresdens und mahnt die vollständige Sanierung an.

Aufsichtsratsbesetzung in Dresden korrekt



Das Oberverwaltungsgericht hält die Ausgrenzung kleinerer Fraktionen aus den städtischen Kontrollgremien der kommunalen Unternehmen für rechtens und mit der Verfassung des Freistaates für vereinbar.



Ortenburg Bautzen:
Sitz Oberverwaltungsgericht

Anfang Juni hat das Oberverwaltungsgericht in Bautzen die Normenkontrolle der FDP/FB-Fraktion gemeinsam mit der AfD-Fraktion,

die gegen die Geschäftsordnung des Stadtrates gerichtet war, abgelehnt. Die beiden Fraktionen haben sich mit der Normenkontrolle gegen das sogenannte Benennungsverfahren zur Besetzung der Aufsichtsräte der städtischen Unternehmen gewendet. Dieses Besetzungsverfahren benachteiligt aus Sicht der beiden Fraktionen besonders kleinere Fraktionen und sorgt dafür, dass Rot-Rot-Grün teilweise eine Zweidrittelmehrheit in den Aufsichtsräten der städti-

schen Unternehmen hat, obwohl sie im Stadtrat nur über eine hauchdünne Mehrheit verfügen. „Wir bedauern das OVG-Urteil sehr, denn es zementiert die Ausgrenzung eines wesentlichen Teils des Stadtrates von einem Großteil wichtiger Entscheidungen in der Stadt. Gerade angesichts der neuerlichen Tendenz, immer mehr Entscheidungen und Kompetenzen in städtische Unternehmen und weg vom Stadtrat zu verlagern, halten wir die OVG-Entscheidung

für kritisch. Wir werden nun auf die Urteilsbegründung warten und diese zusammen mit unseren Anwälten genau auswerten und prüfen“, fasst der Fraktionsvorsitzende der Dresdner Liberalen, Holger Zastrow, zusammen und stellt noch klar: „Aus meiner Sicht muss die Sächsische Gemeindeordnung geändert werden, denn für mich widerspricht diese Ausgrenzung demokratischen Grundsätzen und war in der letzten Reform so nicht gewollt.“

Einladung des Bundespräsidenten

Auf Einladung des Bundespräsidenten Joachim Gauck war FDP-Stadtrat Jens Genschmar am Montag, dem 23. Mai 2016, im Schloss Bellevue in Berlin. Am Tag des Grundgesetzes lud der Bundespräsident 750 Kommunalpolitiker aus ganz Deutschland ein und dankte ihnen für ihr ehrenamtliches Engagement, für ihre demokratische Teilhabe und ihren Einsatz für ein lebendiges Gemeinwesen. Erstmals empfing der Bundespräsident eine so große Anzahl haupt- und ehrenamtlicher Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte in seinem Berliner Amtssitz. Zuvor informierte sich Gauck in drei ausgewählten Regionen in Deutschland, wie sich ehrenamtlich engagierte Bürger und Kommunalpolitiker vor Ort für das Gemeinwohl einsetzen. Jens Genschmar war einer von mehreren Dresdner Stadträten, die auf den Empfang des Bundespräsidenten geladen waren. Genschmar sitzt seit 2004 für die FDP im Dresdner Stadtrat und arbeitet u.a. im Sozialausschuss, im Ausländerbeirat, im Sportausschuss und im Petitionsausschuss mit.

Kulturhauptstadt 2025 – Bewerbungskonzept beschlossen

2014 hat der Stadtrat auf Antrag der Dresdner Freien Demokraten die Bewerbung Dresdens zur Kulturhauptstadt 2025 beschlossen. Jetzt hat der Stadtrat ein Konzept beschlossen, wie Dresden die Bewerbung angehen will, denn bereits jetzt haben auch andere deutsche Städte ihren Hut für 2025 in den Ring geworfen. Die Konkurrenz ist also groß. Damit die Bewerbung nicht nur von Kulturschaffenden, sondern auch durch einen möglichst großen Teil der Stadtgesellschaft getragen wird, soll die Erstellung der Bewerbung mit einer möglichst breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Für Holger Zastrow ist das Konzept ein Meilenstein und die Weichenstellung auch dringend notwendig: „Kulturhauptstadt zu sein ist mehr als nur Hochkultur, es bedarf dazu auch einer lebendigen freien



Kulturgroßprojekte vor der Fertigstellung:
Kraftwerk Mitte und Kulturpalast

Kulturszene und ebenso sind Architektur und Stadtentwicklung wichtig. Deshalb müssen sich möglichst viele Dresden an der Diskussion und an dem Konzept für 2025

beteiligen. Nur wenn das Projekt Kulturhauptstadt 2025 von möglichst vielen Dresdner getragen wird, kann es gelingen.“ Bereits 2019 muss die Bewerbung fertig

sein und es findet eine nationale Vorauswahl statt, im Folgejahr befasst sich eine europäische Expertenrunde mit den Vorschlägen und spricht eine Empfehlung aus.



IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP/FB-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Detlev Cornelius, Franz-Josef Fischer, Prof. Dr. Thoralf Gebel, Jens Genschmar und Holger Zastrow

Kontakt

FDP/FB-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fb-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 488 2662, Fax 488 2989
E-Mail fdp-fb-fraktion@dresden.de

Redaktion

Steffen Hintze (V.i.S.d.P.), Thomas Widra
Gesamtherstellung: Saxedo GmbH/SDV AG

Bildnachweise

©Tristan T. (S. 1 und S. 3),
©DB 11/Dörte Bleul (S. 4)

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP/FB-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.



FRANZ-JOSEF FISCHER
EIN FREIER BLICK

HEUTE:

Rein in die Kartoffeln – raus aus den Kartoffeln

Der vernünftige Dresdner Bürger bemerkt, dass im Stadtrat lieber geschaukelt als vorwärtsweisend agiert wird. Honeckers Spruch „Vorwärts immer – rückwärts nimmer“ ist längst verhallt,

aber die vernünftige Vorwärtsbewegung der letzten Jahre ist ins Stocken geraten. Die selbsternannte Regierung Rotgrünrot hat das Schaukeln entdeckt! Klar, das Wohlgefühl beim Schaukeln macht Spaß. Aber man bewegt sich nicht wirklich!

Beispiele gefällig?

Tunnel auf, Tunnel zu, das war die letzte Spielvariante einer zweistündigen Diskussion des Stadtrates. Oder: Mehr Polizei bitte, aber nicht am Wiener Platz! Oder: Wir denken global, aber den GLOBUS-Markt am Leipziger Bahnhof wollen wir nicht! Oder: Verkehr natürlich, aber möglichst wenig auf der Königsbrücker Straße! Neue Wohnungen braucht die Stadt, aber sie müssen für den Bürger spottbillig sein. Die Stadt kann es bezahlen!



Auf dem Rathausturm könnten die Bürger (zumindest zeitweilig) über dem Stadtrat agieren. Doch in die Sanierung des Rathauses wird dieser einzigartige Turm mit seinem wunderschönen Rundblick nicht einbezogen. Weshalb ist da wohl ein Aufzug vorhanden?

Ich könnte noch..., aber ich beende die Aufzählungen. Ein anderes Phänomen bemerke ich seit einigen Monaten.

Dresden kämpft um seinen guten Ruf. Das tun die Dresdner von ganz allein, ohne Anleitung von Politik oder Presse. Dabei werden die Bürger sehr erfinderrisch. Sie sehen am Beispiel Kreuzkirchengespräche, dass ein Kirchenraum nicht mehr geeignet ist, politische Wunden zu heilen. Aber Tausende kirchliche Posaunenbläser im Dynamo-Stadion, das war echt klasse.

Die Dresdner können sich schon noch bewegen, nur in der Richtung stimmt's nicht immer. Ich gebe dennoch die Hoffnung nicht auf.

Ihr

Franz-Josef Fischer

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fb-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4882662